

Reichstagsarbeiten.

Seit der letzten Sitzung des Reichstages im Dezember vorigen Jahres und dem Beginn der neuen Parlamentsarbeit sind gewaltige Entschärfungen gefallen. Der uneingeschränkte Unterseeboottkrieg hat mit dem größten Erfolge seinen Anfang genommen. Man kann erwarten, daß eine der ersten Sitzungen des Reichstages von diesem großen Ereignis beeinflusst werden wird.

Zu den kommenden Tagungen wird der Reichstag ein gehäuftes Maß von Arbeit zu bewältigen haben. In erster Reihe kommt dabei die Bewilligung eines neuen (8.) Kriegskredits durch den Reichstag in Betracht. Wie in früheren Fällen so wird auch diesmal der Reichstag mit größter Stimmenmehrheit die zur siegreichen Beendigung des Krieges notwendigen Ausgaben bewilligen. Auch eine Reihe neuer Steuern wird dem Reichstage zur Behandlung vorkommen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß ein Fehlbetrag von 1250 Millionen Mark entstanden ist, da die bisher zur Deckung der Etatsausgaben bewilligten Kriegsteuern nicht zur Herstellung des Gleichgewichtes ausgereicht haben.

Ungeüblichste Vorgänge machen ungewöhnliche Ausgaben notwendig. Dazu kommt, daß einzelne Steuererträge, wie z. B. von der Branntweinsteuer, Mindereinnahmen ergeben haben. Zur Deckung des Fehlbetrages ist eine Kohlenabgabe der vom Werk geförderten Kohle, 2. die Erhebung eines Zuschlags zur außerordentlichen Kriegsabgabe und 3. eine Steuer auf den Personen- und Güterverkehr der Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen in Aussicht genommen. Damit sind die wichtigsten Ausgaben des Reichstages erledigt. Gerade die Beratung dieser Steuerentwürfe dürfte viel Zeit und Arbeit erfordern.

Bei dem Haushaltskommissionat sind eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen zu erwägen. Meist beziehen sie sich auf die Verbesserung der Kriegskriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden. So ist z. B. auf dem außerordentlichen Etat für das Reichamt des Innern eine Forderung von 10 Millionen gegen 5 Millionen im Vorjahre zu verzeichnen, die sich auf den Wohnungsfürsorge-Fonds beziehen. Auch die Ernährungsfrage dürfte bei den Beratungen im Reichstage wieder einen großen Umfang einnehmen, da sie für die siegreiche Beendigung des Krieges von größter Bedeutung ist. Eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Bundesrats, die jüngst dem Reichstage übergeben wurde, wird die notwendigen Anhaltspunkte für die Beratung liefern. Es ist also für genügende Arbeit des Reichstages gesorgt.

Was nun den Inhalt der neuen Steuerentwürfe betrifft, so ist folgendes hervorzuheben: Die Vorlage über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer bestimmt, daß zu der bisherigen Abgabe auf Grund des Kriegsteuergesetzes ein weiterer Zuschlag von 20 % erhoben wird.

In der Begründung wird gesagt: Die Erhebung eines Zuschlags zu der außerordentlichen Kriegsabgabe in Höhe von 20 % ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Kriegskosten des Reiches begründet, die zu einem im vorigen Jahre noch nicht überschaubaren Ausmaß angeschwollen sind. Die Einwirkungen des Krieges auf die gesamte Volkswirtschaft haben mit seiner weiteren Dauer immer mehr an Wucht und Umfang zugenommen. Dadurch rechtfertigt sich die Forderung nach einer Erhöhung des Ausgleichs durch die reichsgetreulich vorgezeichnete Sonderbesteuerung für diejenigen Personen und Unternehmungen, die aus den während der Kriegszeit sich vollziehenden großen Wertveränderungen mit einer Verbesserung oder wenigstens ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgehen.

Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Kriegsteuer will verbieten, daß aus Gründen der Steuerdrückbergerei deutsche steuerpflichtige Personen ihren Sitz ins Ausland verlegen. Vor der Verlegung des Wohnsitzes solcher Personen ins Ausland muß auf Verlangen der

Steuerbehörde Sicherheit für eine künftige Kriegsteuer geleistet werden.

In der Begründung heißt es, daß die Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe für einen weiteren Veranlagungszeitraum infolge der Fortdauer des Krieges, ganz abgesehen von den gelblichen Bedürfnissen des Reiches, ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit ist und daß es sich empfiehlt, für die Ausgestaltung dieser Kriegsabgabe die Erfahrungen bei der Veranlagung nach dem bisherigen Kriegsteuergesetz zu verwerten. Weiter ergebe sich die Notwendigkeit, schon jetzt gewisse Sicherungsmaßnahmen zu treffen, damit die spätere Abgabenerhebung nicht erschwert oder gefährdet werde. Zu ihrer grundsätzlichen Abweicheung von der seitherigen Regelung bestimme kein Anlaß. Da indes aber mit der längeren Dauer des Krieges seine Einwirkungen immer weiter und tiefer greifen, erweise die Forderung nach einer Verschärfung der Kriegsteuer begründet. Deshalb sollen auch in dem neuen Geschäftsjahr nicht wie bisher 50, sondern 60 % des Mehrgewinns der Kriegsteuererträge zugewandt werden.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Vor der feindlichen Generaloffensive?

Während sich die deutsche Oberste Heeresleitung wie stets und mit vollem Recht in tiefstes Schweigen über ihre zukünftigen Pläne und Unternehmungen hält, geht den Staatsmännern des Vierverbundes der Mund über von Andeutungen über kommende Ereignisse, die nun — zum soundsoviellsten Male! — die unsere Feinde ermüdete Weltentwende bringen sollen. So haben Lloyd George und Asquith dieser Tage in Ansprachen erklärt, daß innerhalb fünf Wochen an der Westfront der Anfang der größten Schlacht der Geschichte zu erwarten sei. Diese Schwachheit, mit der offenbar die Ungebild des sensationslüsternen englischen Publikums beflügelt werden soll, steht leidenden Staatsmännern übel an. Wie unsere Feinde in vielen Dingen während des Krieges unsere getreuen Nachahmer geworden sind, so hätten sie auch das Beispiel der Schweigsamkeit nachahmen sollen, das ihnen die deutschen Staatsmänner und Heerführer geben. Aber sie bringen es nicht fertig, sich zu dieser Höhe staatlichen Pflichtbewußtseins — und das ist in der gegenwärtigen Lage die Kunst des Schweigens — über militärische Maßnahmen aufzuschwingen. Nun, wir können der Verwirklichung dieser Ankündigung mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. Hindenburg hat das Geißel in der Hand und wird mit eisernem Griff zupacken, wo auch immer die im Vierverband vielgerühmte Endschlacht ihren Anfang nehmen sollte.

Artillerie- und Vorfeldkämpfe an der Westfront.

Die Westfront steht bei unästhetischem, regnerischem Wetter noch immer im Zeichen von Artillerie- und Vorfeldkämpfen. Die Engländer haben trotz aller Bemühungen an der Ancre seit Neujahr nur ein unbedeutendes Geländegewinn, das größtenteils planmäßig geräumt wurde, besetzen können. Es ist noch nicht einmal das Doppelte des deutschen Gewinnes eines einzigen Tages, des Vorstoßes auf die Höhe 185 südlich Ripont, der Gelände von 2600 Meter Breite und 800 Meter Tiefe einbrachte. Die Heute hat sich hier auf 30 Maschinengewehre, 22 Schnellfeuergewehre, 1 schweren und 2 leichte Minenwerfer erhöht. An der Ancre ist es wieder stiller geworden. Dagegen griffen die Franzosen mit Erkundungsabteilungen aus dem Naume Nemieres-Wald westlich Vitry die deutschen Stellungen an. Sie wurden abgeschlagen. Ebenso wurden starke englische Erkundungsabteilungen, die nach Sprengungsversuchen beiderseits der Bahn Ipern-Comines vorgingen, durch das deutsche Sperrfeuer schnell zum Stehen gebracht. Bezeichnend ist, daß die hier gefangenen unverwundeten Engländer infolge völliger Trunkenheit vernehmungsunfähig waren.

Truppenansammlung südlich Verdun?

Westschweizerische Blätter berichten, daß in den letzten Tagen bedeutende englische, italienische und auch portugiesische Hilfstruppen im Abschnitt zwischen Verdun und der schweizerischen Grenze eingetroffen sind. Der Zürcher Tages-Anzeiger meldet: Von ganz besonderem Interesse ist unter den neuen Meldungen von der Westfront die französische Mitteilung, daß bei einem Handstreich im Pfisterwald englische Truppen mitgewirkt haben. Das kann nach der Ansicht des Zürcher Blattes unter Umständen ein sehr bedeutungsvoller Fingerzeig für eine durch englische Truppen unterstützte französische Offensive zwischen Verdun und den Vogesen sein.

Was die Italiener wollen.

Das italienische Heftblatt 'Idea nazionale' veröffentlicht die Kriegsziele der italienischen Imperialisten. Das Blatt führt aus, daß die Sprachgrenzen überschritten werden dürfen. Darum verlangt es ganz Südtirol von der Quelle der Gethä längs der Wasserseide der Gethäler Alpen bis zum Brenner und längs der hohen Tauern bis zum Groß-Wenediger und dem karinischen Alpenkamm bis zur Wasserseide im Fella-Tale, das Bippachtal, Goers eingeschlossen, Udussina, Fiume, Ragusa, Cattaro, Balona mit dem Hinterland bis Bologna, von der asiatischen Küste die ganze südliche Hälfte Kleinasien, die ganze Strecke der Wagnadabahn mit Hinterland mit Arabien und Njemen, in Afrika den Berzich Englands und Frankreichs auf seinen Interesseneinfluß in Afrika und, was ferner besonders interessant ist, das französische Djibuti und Englisch Somaliland. Unter der Hand unterstützt die Regierung diese Äußerungen des Regierungsorgans. Man wird über diese Ansprüche in Paris und London sehr erfreut sein.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampfe, der in den letzten Wochen am Donauser tobe, brache, nach Berichten aus Sofia, für den Gegner keinerlei Gewinn. Die russischen Abteilungen machten täglich Verluste, über den St. Georgsstanal in das Dobrudschagebiet einzudringen, jedoch wurden diese Verluste bereits im Keime erstickt. Bulgareische Artillerie beschleht ununterbrochen mit sichtsichigen Erfolgen den Hafen von Galatz und andere strategische Punkte. An der Serethfront und an der rumänischen Grenze herrscht nur schwache Artillerietätigkeit. An der mazedonischen Front fanden heftige Gegenangriffe statt, bei denen bulgarische und deutsche Truppen den Feind zwangen, sich in seine früheren Stellungen zurückzuziehen. Wiederholte englische Angriffe bei Doiran und im Gernabagen wurden nur unternommen, weil die Gegner fühlten, daß der Besitz von Monastir gefährdet sei, solange sie an einem Plazze einen Stellungskampf führen müßten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Im Hauptauschluß des Reichstages machte die Regierung Mitteilungen über den U-Boot-Krieg. Staatssekretär des Außern, Zimmermann, sprach die feste Zuversicht aus, daß wir durch die Anwendung der U-Bootwaffe das vorgelegte Ziel erreichen werden. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts betonte, daß die Erwartungen, die die Marine auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gesetzt habe, nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden seien, obgleich eine Reihe von U-Booten noch nicht von ihrer Streife zurückkehren konnten. In der Nordsee herrsche so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schifffahrt sei offenbar so gut wie eingestellt. Die Erwartungen, die das deutsche Volk an den U-Boot-Krieg knüpfte, seien durch die bisherigen Ergebnisse voll gerechtfertigt worden. Bisher ist seit der verschärften Sperre nicht ein U-Boot verloren gegangen. Der Staatssekretär des Innern wies zahlenmäßig nach, daß die englische Verproviantung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Lebensmitteln, Grubenholz) nicht

an den Gefährtpunkt herangerückt sei, der U-Boot-Krieg also auch in wirtschaftlicher Beziehung alle an ihn geknüpften Erwartungen erfülle.

* Dem Reichstag ist kurz vor seinem Zusammentreten der Entwurf des Kohlensteuergesetzes in der vom Bundesrat beschlossenen Fassung zugegangen. In ihm wird die Erhebung einer Steuer von 20 % des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zugeführten oder der eingeführten Kohle vorgeschlagen.

* Über den Arbeitsplan des Reichstages haben der Hauptauschluß und der Ausschluß des Reichstags Beratungen gepflogen. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß zunächst die auf der Tagesordnung stehenden kleineren Beratungsgegenstände erledigt werden sollen. Dann wird der Staatssekretär des Reichsausschusses zu den Kredit- und Steuerberatungen sprechen. Am Dienstag wird voraussichtlich der Reichstanzler über die politische Lage sprechen. — Zur Entlastung des Hauptauschusses wird ein besonderer Ausschuß zur Beratung der Ernährungsfragen gebildet werden.

England.

* Nach einer Anordnung des Munitionsministeriums sollen künftig 80 % der mit Herstellung von 2 1/2- und 4 1/2-Zoll-Granaten beschäftigten Arbeitskräfte aus weiblichen Personen bestehen.

Holland.

* Die Erste Kammer hat die Gesetzesvorlage zur ernstlichen Bekämpfung des Schmuggelhandels angenommen.

Schweden.

* Der Ausschluß für die zur Wahrung der Neutralität nötigen Maßnahmen hat die von der Regierung geforderten 30 Millionen auf 10 Millionen herabgedrückt. Die konervative Minderheit im Ausschluß hat gegen diesen Beschluß der liberalen und sozialdemokratischen Mehrheit Verwahrung eingelegt. Die Frage wird noch im Reichstag besprochen werden.

Rußland.

* Bei dem Liquidationsverfahren gegen die deutschen Güter in Rußland soll nunmehr ein ganz neues System eingeschlagen werden. Die Güter der deutschen Kolonisten sollen künftig nicht mehr einzeln, sondern alle zugleich in ihrer ganzen Masse verkauft werden. Diese Maßregel hat in Rußland lebhaftes Aufsehen erregt.

Griechenland.

* Nach Berichten der Vierverbandsblätter ist die Lage immer noch nicht geklärt. Die Athener Regierung vermutet, daß die zunehmende Bestimmung Frankreichs auf Nachschafften der Benigskisten zurückzuführen sei, die die Gesandten beeinflussten. Athener Blätter behaupten, gewisse französische Kreise wollten die französische Regierung zur Besetzung Athens aus politischen Gründen veranlassen. — Damit hätte doch der Vierverband wenigstens auch die Hauptstadt eines anderen Landes „erobert“.

Äfrika.

* Dem Bernehen nach wird die Regierung von Südafrika vom Parlament weitere Mittel für Kriegszwecke verlangen. Bei Eröffnung des südafrikanischen Parlaments sprach der Generalgouverneur Lord Buxton die Erwartung aus, daß das südafrikanische Kontingent in Europa nicht nur in seiner Stärke aufrecht erhalten, sondern sogar vermehrt werden würde. Die Regierung stelle dauernd so viel Freiwillige als möglich für den Dienst über See ein. Auch in anderer Hinsicht gewähre sie der Reichsregierung alle mögliche Unterstützung zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges.

Äfien.

* Der englische und der russische Gesandte in Teheran haben der persischen Regierung ein Ultimatum überreicht, in dem eine Kontrolle der persischen Finanzen durch England und Rußland verlangt wird. — Die Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Völker treiben gerade vorbildliche Politik — überall, wo sie die brutale Macht haben.

Drohnen.

Roman von M. Berger.

„Wieder eine,“ meinte Hedwig Lang und richtete sich aus ihrer bequemen Lage auf, die ihrem Leben durch einen wunderbar tragisch geschilderten Sprung in die grollende, tobende See bei Donner und Blitz ein Ende macht. „Höre nur!“ — Sie ergriff das Buch, um es dann unmutig wieder fortzuliegen. — „Selbstmord aus Liebe, wie lächerlich sentimental!“

Der Selbstmord, Hedwig, ist ein Übel, vor dem ich schaudere; ich weiß wirklich nicht, ob ich den Selbstmord bemitleiden oder verdammen soll.“

auf die Mutter. „Auch wenn die Wirkung ihre Urliche in der Liebe findet, die doch nur zwei Menschen angeht!“

gebene diplomatische Antwort der Kommerzienrätin.

„Ich behandle dich, wie eine Mutter ihr Kind behandeln muß. Du bist geistreich, dein fast männlicher Geist entzückt mich, doch ist es schwer zu lenken, und du bist noch viel zu jung, um selbständig zu urteilen.“